

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Volleste Zeitung des Bezirks

Anzeigepreis: Vierteljährlich 20 M. ohne Anträge. — Einzelne Nummern 20 M. — Ansprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeinderats-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreis: Die Ichgeplante Volkszeitung 10 M., unterhalb der Kreischaupräsidialen 10 M., im amtlichen Teil (nur von Bebeden) die Zeile 200 M.— Geringe und Reklame 200 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag: Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Nr. 62

Dienstag den 14. März 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Wuzholzversteigerung:

Altenberger Staatsforstrevier

Gasthof „zum Alten Amsbach“ in Altenberg,
Donnerstag, den 23. März 1922 vor 10 Uhr:
3603 fl. Stämme, 10/34 cm, 5641 fl. Klöppe, 7/34 cm.

Kahlsehläge: Abt. 1, 14, 21, 26.

Forstrevierverwaltung Altenberg

Forstamtamt
in Hirschsprung

Frauenstein

Verlöschtes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der Kursus Dr. Mockrauer über „Die Einführung in die Philosophie“ ist beendet. In zwölf Vorträgen machte Redner seine Hörschaft in großen Zügen bekannt mit der Geschichte und den Errungenschaften der Philosophie, sowie mit den Grundlagen philosophischen Denkens zur Erforschung der Wahrheit und bezüglich der Ethik zur Erlangung festster moralischer, auf dem Verantwortlichkeitsgefühl beruhender Grundsätze. Es gebe aber auch Dinge außerhalb von Zeit und Raum, die nicht in das Erforschungsbereich der Wissenschaften, sondern der Metaphysik (Nachdenken über das Übernatürliche) gehören. Es sei nun Aufgabe des Elternhauses und der Schule, nicht nur das Wissen und Können der Kinder zu fördern, sondern auch ihr religiöses Verlangen zu stillen. Am vergangenen Sonnabend fand zum allgemeinen Bedauern der Kurssteilnehmer der letzte Vortrag statt, und nahm am Schlusse desselben Herr Lehrer Gast das Wort, Herr Dr. Mockrauer für die vielen Unregungen in seinen Vorträgen herzlich zu danken. Dass er allen Jubiläern aus dem Herzen gesprochen, bekundeten diese durch Erheben von den Plänen.

Ein „Glück zu!“-Ball ist immer ein Ereignis für Dippoldiswalde, ganz besonders für die junge, tanztüchtige Damenwelt. Tiesmal war das Semester-Abendsvergnügen des Vereins „Glück zu!“ am Sonnabend aber auch ein solches für die älteren Herrschaften, hatte die Vergnügungs-Ausschuss doch für die Festmusik die Kapelle des Jäger-Bataillons, Infanterie-Regiments 10, unter Leitung des Herrn Musikdirektor Helbig verpflichtet. Der mit der Vereinsfahne, Manle aus Tannengrün und Bierschildern schön geschmückte Reichskronenaal war voll besetzt, auch Alte waren in größerer Zahl von auswärts erschienen. Das Programm bot ausgewählte Konzert- und klassische Stücke von Weber, R. Wagner, Mozart, Gounod usw., weiter aber auch Regiments- und Garnisonsmärkte und wurde ganz vorsätzlich gespielt. Jede einzelne Nummer wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach den ersten Musikstücken begrüßte der 1. Präsident des Vereins, Herr Conrad, die Unwesenden und gab den nun bald von hier scheidenden Kommittonen herzlichste Wünsche mit auf den weiteren Lebensweg, denen mit dreifachem „Glück zu!“ alle Unwesenden zustimmten. Gleich gute Wünsche sprach auch der 1. Präsident der Karlsbad-Vereinigung Saxonia-Glashütte aus, die in Stärke von 12 Mann erschienen war. Weiterhin gedachte im Namen der Scheidenden Herr Schädlich, bisher Präsident des Vereins, dankbar der Schule und des genossenen Unterrichts, der frohen Stunden im Verein, und dankte der Bürgerschaft für die freundliche Aufnahme und Anteilnahme. Er sprach die Versicherung aus, dass die Abgehenden gern an Dippoldiswalde zurückkehren und jede Gelegenheit wahrnehmen würden, hier wieder Einkehr zu halten. Nur zu schnell war die Zeit gekommen, wo die Kapelle die letzte Konzertnummer spielte. Der Dank, den Herr Conrad Herrn Musikdirektor Helbig und seinen Musikern ausprach und der bei allen Unwesenden lebhafte Unterstützung fand, wahr wohlverdient. Nun folgte ein Varieté-Programm, an dessen Ausgestaltung sich in der Hauptsaale Aktive beteiligten. Es wurden viele heitere Sachen, aber auch ernste Nummern vorgetragen. Mit besonderem Beifall wurden Klavierstücke zweier Aktiver und Gesangsstücke von Fräulein Traute Retzner, am Klavier von ihrem Vater, Herrn Tierarzt Retzner, begleitet, aufgenommen. Erster vollendetes Spiel, Fräulein Retzners einschmeichelnde, glühende Stimme und klare Aussprache zu hören, war voller Genuss. Dem Konzert und Varieté schloss sich Tanz an, dem fleißig gehuldigt wurde. Erst spät stand er sein Ende. Eine Habenlotterie ließ manchen einen schönen Gewinn mit heimnehmen, eine gut illustrierte, humorreiche Bierzeitung hob die an sich schon äußerst harmonische Stimmung noch höher.

Zu einem Konzert der Kinderabteilung lud der Turnverein „Fröhlich auf“ für gestern nach dem Schulhaus ein.

Und viele, viele waren dem Rufe gefolgt, darunter wohl die Hälfte unserer Schulkinder. Und es war eine Freude, die Kinderaugen mutig und freudig glänzen zu sehen, die der Darsteller und die der Zuschauer. Die Darsteller waren fast ausnahmslos Kinder. Das Programm war recht abwechslungsreich und füllte ohne lange Pausen 3 Stunden. Geboten wurden Freilübungen der Knaben und der Mädchen, Barrenturnen der Mädchen und Pferd- und Barrenturnen der Knaben, Gruppenstellen — und zwar für Kinder schwierig — der Mädchen und Knaben, ein gut zusammengefügter Reigen der Konfirmanden, zwischen durch Gedichtvortrag eines Mädchens — recht hübsch und mit Verständnis —, Gesang der Konfirmanden und — als umfangreichste Nummer — das Märchen „Schneewittchen und die sieben Zwerge“, bei dem die kleinen Vertreter der dankbaren Zwergen durch ihr munteres, ledes Spiel besonders für sich einnahmen. Je ein Mußstück — Gelé und Klaviers — ebenfalls von Kindern geboten, bildeten Absang und Schluss des, wie man sieht, recht vielseitigen Programms. Mit Beifall wurde nicht geflargt, gewiss zur nicht geringen Freude der kleinen Darsteller, aber auch der Regisseure. Zum Schluss rührte Herr Ehrlich beherrigtes Worte an die Eltern, Zweck und Ziel des Kinderturnens erläutert. „Wir — gemeint waren wohl Deutschland und das deutsche Volk — sind arm geworden an Gütern, aber nicht arm an Kraft und Geist!“ Diese zu pflegen und auf eine immer höhere Stufe zu bringen im künftigen Geschlecht, sei milberufen das Kinderturnen. Mit der Aufforderung an alle Eltern, ihre Kinder in die Turnvereine zu schicken, schloss Herr Ehrlich. — Ein Wunsch regt sich aber bei solchen Gelegenheiten gewiss in der Brust so manches wohlmeintenden, warm für unser Volk fühlenden Mannes: Könnte denn, wenn nicht das Turnen überhaupt, so doch wenigstens das Kinderturnen in einer Einheit gepflegt werden?

Am Mittwoch wird der sächsische Landesbusntag kirchlicherseits gehalten, wenn ihm auch der staatliche Schutz entzogen ist. Predigtgottesdienst findet vormittags 9 Uhr und nachmittags 6 Uhr statt. Näheres enthalten die kirchlichen Nachrichten. Gerade unsere Zeit hat es dringend nötig, Tage innerer Sammlung und Einfehr zu halten. Wenn viele nichts davon wissen wollen, so wird doch die Kirche ihre Pflicht nicht versäumen und bittet die Kirchentreue, um so herzlicher, zum Buß- und Betttag ins Gotteshaus zu kommen.

Landeskollekte am Frühjahrsbußtag. In allen Kirchen des Landes wird auch in diesem Jahre am 1. Bußtag, dem 15. März, eine Kollekte für die Werke und Anstalten der Inneren Mission in Sachsen gesammelt. Die im vorigen Jahre unternommene Sammlung „Missionsnothülfe“ hat zwar dazu gedient, die entstandenen Fehlbeläge vieler Anstalten zum Teil zu deden und dadurch die Fortführung der Arbeit zu ermöglichen, kann aber natürlich nicht auf die Dauer der großen Not abhelfen, zumal infolge der steigenden Geldentwertung die Unterhaltskosten der Anstalten wiederum stark gewachsen sind. Auch das Jahr 1922 wird daher voraussichtlich ein Jahr der Not für die Anstalten und Liebeswerke der Inneren Mission sein. Möge die Kollekte ein gutes Stück dazu beitragen, diese Not zu lindern und ihr abzuholen. Wer nicht in der Lage ist, am Bußtag zum Gotteshaus zu gehen, wird geben, seine Gabe in die Pfarramtssanzlei zu senden.

Die Kreishauptmannschaft Dresden hat dem Gemeinderat zu Reichstädt für den Monat März d. J. Genehmigung zu einer Sammlung in der Gemeinde erteilt zugunsten der Kleintrenfersfürsorge.

Schmiedeberg. Der 2. religiöse Vortrag von Pastor Fischer brachte eine Auseinandersetzung über das Thema: „Kapitalismus und Sozialismus.“ Erfreulicherweise wurde von vornherein verzichtet auf die üblichen Parteischablonen und Redensarten, die jede Besprechung dieses Themas so unfruchtbart und unerquicklich machen, sondern wieder einfach nur die Kritik gezeigt und der unverhönlische Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus in allerdings recht harten Worten, die web tun sollten beider: Bürgerlichen und Proletarien, ausgesprochen. Im Mittelpunkt stand die Frage: Ist unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem unbedingt nötig, oder erfordert es, durch ein anderes ersetzt zu werden? Oder endlich: Ist das alte reformierbar? Die Frage nach der Notwendigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems ward prinzipiell mit Nein beantwortet. Da es eine Zeit gegeben, in der es noch nicht da war, muß es auch eine Zeit geben können, in der es nicht mehr da ist. Freilich, wenn wir vom Prinzip weg einmal in die Wirklichkeit schauen und die riesenhafte Entwicklung unserer Technik, Industrie usw. bedenken, dann läuft sich das gegenwärtige Wirtschaftssystem

nicht mehr einfach aus der Welt streichen. Wir können das Rad der Geschichte nicht mehr rückwärts drehen, sondern müssen Stellung nehmen zu dem nun einmal Daseinenden, Stellung aber auch zu dem namenlosen Elend nehmen, das diese Entwicklung im Gefolge gehabt hat. Ausführlich schilderte der Vortragende nun den Weg der Entehrung, den bis in die längste Vergangenheit hinein (die Gegenwart, in der alles auf den Kopf gestellt, schaltet hier, wenn auch nur vorübergehend, aus) das Proletariat hat gehen müssen. Auch das alles ward vom Vortragenden gesagt, nicht um die Gunst der ehemals Roskleibenden zu gewinnen, sondern einzlig und allein um der Wahrheit willen. In diesem Zusammenhang gedachte der Redner in knappen Worten Karl Marx', dessen Größe er nicht in einem System — das ist vergänglich wie alle menschlichen Gedanken —, sondern darin sah, daß Marx dem Proletariat zum Bewußtsein brachte: Ihr habt eine wissenschaftliche Bedeutung, und die besteht nicht darin, die industrielle Entwicklung aufzuhalten und zu zerstören — sie ist ein notwendiges Stück Weltgeschichte, sondern sie irgendwie euch auch zunutze zu machen, den Kapitalgewinn der Gesamtheit zu erschließen. Überwindung des Kapitalismus auf seinem eigenen Boden und mit seinen eigenen Mitteln kraft einer noch zu schaffenden mächtigen Organisation — das war Marx' Ziel, ein Ziel, das allerdings nicht erreicht, sondern in der einzigen Stunde, da es der Verwirklichung nahe gewesen, leichtsinnigerweise außer acht gelassen und verspielt wurde. An jenem Tage, da die Revolution den sozialdemokratischen Parteien die Staatsmacht in die Hände gab, hatte man keinen Begriff davon, wie das sozialistische Ideal etwa zu verwirklichen sei, verzettelte sich lieber in Streiks und vertiefte in schmählicher Weise — den Sozialismus. Die vergesselschafteten Betriebe, in denen nach allen Gesetzen die Logik eine gewaltsame Verbilligung der Produktion hätte eintreten müssen, wiesen in kurzer Zeit die erstaunlichsten Fehlbelehrungen auf, das heißt, die Sozialisten waren — keine Sozialisten. Und das Bürgerum, anstatt an die Brust zu schlagen, weil an alledem misschuldig, lachte und spottete. So scheint es denn eine Unmöglichkeit, den Kapitalismus zu überwinden. Gewiß, es dürfen auch noch Generationen vergehen, vielleicht Jahrhunderte, ehe die Menschen dazu reif sind. Denn nur neue, von neuem Geist erfüllte Menschen vermögen das. Und es wird die Frage der wirtschaftlichen Umwidlung zu der großen Frage neuer Lebensgestaltung, in die uns die nächsten Vorträge, kommenden Montag und Freitag, einführen sollen.

Dresden. Die Regierung hat dem sächsischen Landtag jetzt eine Vorlage über Nachbewilligungen und Neuinstellungen von Anforderungen in die außerordentlichen Staatshaushaltspläne für 1921 und 1922 zugehen lassen, die sich in der Haupthälfte auf die werbenden Unternehmen des Staates erstrecken. Von der rund 297 Millionen Mark befragenden Summe entfallen allein etwa 200 Millionen auf den Kohlenabbau. In der Begründung stellt die Regierung fest, dass der eingestellte Kapitalbedarf der werbenden Staatsunternehmen infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse ein wesentlich höher geworden ist. Die eingetretene Geldentwertung hat zur Folge, dass in den außerordentlichen Haushaltplänen eingestellten Kapitalbeläge vor Ausführung der neuen Anlagen, für die sie bestimmt sind, nicht ausreichen. — Weiter sind seit der Einstellung des Kapitalbedarfs im außerordentlichen Haushaltplan für 1922 bei einzelnen Betrieben neue und dringliche Anforderungen für Neuanlagen aufgetreten, für die schon jetzt Mittel bereitgestellt werden möchten, weil im Interesse des ungestörten Fortganges der Betriebe und zum anderen, um die höheren Kosten bei späterer Ausführung und weiterer Preissteigerung zu verschieben. Sodann ist es, nachdem die kaufmännische Betriebsweise seit 1. April 1921 bei allen der Bergverwaltung unterstehenden werbenden Staatsbetrieben eingeführt ist, nötig, dass ihnen flüssige Betriebsmittel zur Verfügung gestellt werden. An Einstellungen sind daher vorgesehen: Im außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1921: Kapitalbedarf der Marmor- und Kalkwerke erhöht um 1 423 000 auf 5 423 000 M., der Porzellanmanufaktur Meissen um 1 115 000 auf 2 960 000 M., Steinkohlenwerk Zauckerode um 9 217 000 auf 18 282 000 M., der Braunkohlenwerke um 40 Millionen auf 158 Millionen Mark, der Hüttenwerke bei Freiberg um 3 985 000 M. auf 15 085 000 M., des Blaufarbwerkes Oberoderwitz um 4 863 000 M. Im außerordentlichen Haushalt für 1922: Kapitalbedarf der Porzellanmanufaktur Meissen erhöht um 15 383 000 (!) auf 18 682 000 M., des Steinkohlenwerkes Zauckerode um 14 944 000 auf 166 658 000 M., der Braunkohlenwerke um 159 300 000 auf 254 300 000 M., der Hüttenwerke bei Freiberg um 30 276 000 auf 37 278 000 M., des

Blaufarwerkes Oberschlema um 16 370 000 auf 16 722 000 Mark. Ferner sollen im außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1922 folgende neue Titel eingestellt werden: Kapitalbedarf der Marmor- und Kalkwerke mit 50 000 M., Kapitalbedarf der Münze um 500 000 M.

Neustadt. Einer der beiden Brandstifter, die den Brand der Kunsthallen Scheune in Polenz anlegten, wurde von der heiligen Gendarmerie verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis zugesetzt.

Ramenz. Auf dem hiesigen Wochenmarkt am Donnerstag war das Angebot von Eiern reichlich. Der Durchschnittspreis betrug 2 M. Es wurden aber auch Eier schon für 1,80 M. verkauft. Die Höchstförderung war 2,50 M.

Großenhain. Zum Amtshauptmann von Großenhain ist u. a. Bürgermeister Uhlig in Radeberg, früherer Minister des Innern, ausersehen.

Leipzig. Der Rat der Stadt Leipzig beschloß, als Erfahrt für den infolge Heizstoffmangel nötig gewordenen, länger andauernden Schulausfall in diesem Jahre den Unterricht in den städtischen Schulen bis einschließlich Donnerstag, 13. April, fortzusetzen und ihn nur vom Karfreitag bis einschließlich Ostermontag ausfallen zu lassen.

— Die Meißner Porzellanmanufaktur auf der Leipziger Messe. Im Haushaltplan des sächsischen Landtages berief man über den Etat der Meißner Porzellanmanufaktur. Dabei kam zur Sprache, daß auf der Leipziger Messe die Porzellanansstellungen im ehemaligen königlichen Palais und die Rosenthalssäle den ganzen Tag über zur Besichtigung offenstehen, die Meißner Porzellanmanufaktur dagegen ihre dazwischenliegenden Räume mittags von 1–3 Uhr geschlossen hält. Der Regierungsvorsteher, den man im Ausschuß auf die höchst unkaufmännische Absonderlichkeit aufmerksam machte, meinte, die Offenhaltung der Räume in der fraglichen Zeit erfordere womöglich Neuerstellungen (!); aber man werde erwägen, wie man dem Zustand abhelfen könne. — Das geht natürlich nicht an, daß ein Angestellter in der kurzen Mittagszeit einmal 9 oder 10 Stunden anstatt 8 Stunden läuft! Da muß man schon an Neuerstellungen denken!

Bentig. Die oberirdische Wasserleitung der hiesigen Papierfabrik, von den Höllmühlenteich aus, ist dieser Tage stellenweise eingestürzt.

Pegau. Durch ein tragisches Gescheit hat der Nachtwächter Haupt in Berndorf den Tod gefunden. Im Gasthof zu Berndorf war ein Gast mit dem Wirt in Streitigkeiten geraten und aus dem Lokal geworfen worden. In dem Hausflur machte der angekommene Gast weiteren Radau, so daß der Nachtwächter H. in Ausübung seines Amtes nach den Gründen des Lärms schauen wollte und das Haus betrat. Kaum hatte er die Hausflur erreicht, wurde er von dem Gäste zu Boden geschleudert. Da H. einarmig war, fiel er so unglücklich, daß er erhebliche innere Verletzungen davontrug. Leider ist der bedauernswerte Mann im Leipziger Krankenhaus seinen Verleidungen erlegen.

Mittweida. Eine beträchtliche Bodensenkung ist in der Deckstraße gegenüber der Gewerbeschule, und zwar direkt neben dem Fußweg, erfolgt. Dort stehen plötzlich in etwa einem Meter Umfang die Steine des Pflasters in die völlig durchhöhle Tiefe. An dem dadurch entstandenen großen Loch sah man ganz deutlich die frühere Höhlenbeschaffenheit des jüngsten Strafenzuges. Worauf die Bodensenkung zurückzuführen ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schopau. Das hiesige "Wochenblatt" berichtet: Ein bekanntes Schneiderlein, Name tut nichts zur Sache, kam nachts etwas angestimmt nach Hause, was ja vorkommen soll, und da kam ihm der Gedanke, sich eine Tasse starken Kaffee zu tragen. Der Entschluß war, trotzdem es ihm immer vor den Augen flammte, bald ausgeführt. Der Kaffee war gebräut und in raschen Zügen eingenommen. Nach dem Genuss des Trankes legte er sich zu Bett, verspürte jedoch bald ein solches Unbehagen, daß er laut zu stöhnen anfing. Seine bessere Hälfte wurde dadurch geweckt und da ihr die Jammerworte ihres Ehegesponstes Entsehn einsloß, holte sie rasch einen Arzt, der feststellte, daß der Meister von Nadel und Schere anstatt Kaffee zum Zubereiten des Trankes eine auf dem Tisch liegende Tüte mit Schnupftabak ergriffen. Rasch angewandte Mittel brachten den Patienten außer Lebensgefahr.

Aldorf i. B. Der Schneidermeister Ruderisch aus Bad Elster ist vom Schöffengericht Aldorf wegen Beihilfe zu verbotswidriger Ausfuhr von Abreihosen zu 50 000 M. Geldstrafe und zu 34 000 M. Wertersatz für die ausgeführte Ware verurteilt worden.

Der Segen der Kommissionen.

Wenn wir Deutschen den Finger auf eine Wunde legen, die Verfaile des Frieden, der Wirtschaft und der geldlichen Lage Europas geschlagen hat, so legt man das als Böswilligkeit und mangelnden guten Willen aus. Wie oft haben wir Klage erhoben über die Fülle der Überwachungs-, Entwaffnungs- und Wiedergutmachungsausschüsse, von denen Deutschland immer noch heimgesucht wird. Vergebens haben wir immer wieder auf das Unnütze, ja schädliche dieser fremden Kommissionen und die Überzahl ihrer Mitglieder hingewiesen, es blieb alles wie es war, und uns wurde nur das Recht zugeschanzen, die Kommissionen auf Reichskosten zu unterhalten. Und Österreich wie Ungarn und Bulgarien geht es nicht viel besser. Aber alle Klagen blieben erfolglos.

Datum ist es sehr erfreulich, wenn ein Mitglied des englischen Oberhauses, Lord Newton, am 7. März in diesem Parlament einmal von dem Unrecht der Kommissionen und ihren verschwenderischen Geldausgaben und Einkünften gesprochen hat. Wir hören davon wirklich staunenswerten Jahren. In Deutschland sind Kommissionen im Überfluß vorhanden, sagte Lord Newton. Die aus 171 Personen bestehende Wiederaufstellungskommission kostet monatlich 3,2 Millionen Mark, die Kontrollkommission zur Entmilitarisierung Deutschlands, 1569 Personen, wird man mit monatlich 23½ Millionen Mark nicht als billig und zum Wiederaufbau geeignet bezeichnen können. Lord Newton bemerkte außerdem, für die Kontrollkommission

nen sei kaum noch etwas zu tun übrig geblieben, aber trotzdem sei der Personenbestand nicht verringert worden. Bei solchen Einkünften ist das freilich menschlich sehr erstaunlich, darum muß auch, wie Lord Newton bemerkte, jeder kleine Waffenfund in Deutschland zur Aufrechterhaltung der Kontrollkommissionen dienen. Er sagt ausdrücklich, man brauche nach seinem Empfinden alle diese Waffenfundgeschichten nur auf, und da die englische und französische Senatsaussicht, die Kommissionen zu verhindern, deren Mitglieder im Vergleich zur deutschen Bevölkerung im Luxus lebten. Auf 1800–2000 Millionen Mark schätzt das englische Oberhaussmitglied die Jahreskosten der Kommissionen in Deutschland und den Truppenunterhalt in Oberschlesien. Die übrigen Bevölkerungskosten sind darin natürlich noch gar nicht eingerechnet. Wie viele Milliarden Mark dazu erforderlich sind, ist längst bekannt. Was Lord Newton von den Verbandskommissionen in Österreich, Ungarn und Bulgarien sagt, klingt ähnlich erstaunlich. Er bemerkte hierzu unter anderem, daß man eine Marinakommission nach Budapest geschickt habe, der nebst allem übrigen Drum und Dran nicht weniger als vier Admiräle angehörten, die sicherlich genügt hätten, die vier veralteten Donaupatrouillenboote zu entwaffnen.

Dieser kleine Auszug aus den sehr bezeichnenden Schlußreden des Engländer möge genügen. Er zeigt wieder einmal, wo die Hemmungen für den Wiederaufbau Europas zu finden sind. Daß ein Angehöriger der Verbundstaaten, ein Engländer, diese Dinge ins rechte Licht rücken mußte, ist das einzige Erfreuliche bei diesem ganz unerfreulichen Kapitel.

Moralische Abrüstung.

Deutsche Worte.

Die Notwendigkeit der militärischen Ententekontrolle in Deutschland wird von der französischen Kammer und der Pariser Presse immer wieder mit der sinnlosen Behauptung zu rechtlichen Verlusten verhängt, daß Deutschland zwar militärisch, aber nicht moralisch abgerüstet habe. Wenn es nach dem Willen der französischen Chauvinisten gehen würde, dürfte der Aufbau der militärischen Überwachungsausschüsse in Deutschland nicht eher beginnen, als bis die Entente zweifelsfrei Beweise dafür in Händen habe, daß auch die moralische Abrüstung in Deutschland durchgeführt worden sei.

Bon deutscher Seite ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß ja gerade die Übereinstimmung der militärischen Kontrolle durch die Entente darüber schuld ist, wenn neben unserer militärischen Abrüstung nicht auch eine moralische Abrüstung möglich ist. Mit einer nicht mißverstehenden Deutlichkeit hat der Reichswehrminister Dr. Geßler in seiner letzten Erklärung im Reichstag der Entente ihr sinnwidriges Verhalten vor Augen geführt, indem er erklärte:

"Wenn unsere Feinde zwar anerkennen, daß wir militärisch abgerüstet sind, aber nicht moralisch, so möchte ich dazu sagen, daß eine moralische Abrüstung auf dem Wege, den die Entente uns gegenüber eingeschlagen hat, wohl nicht gelingen wird. Der Sinn des Friedensvertrages kann nicht der sein, daß wir als ein Volk von sechzig Millionen jeden Tag bestraft müssen, daß uns von den in Wasserschlachten stehenden Alliierten die Faust an die Kehle gelegt wird. Wir erwarten unsere Zukunft vom Siege des Rechts und verlangen, daß man uns nach Recht und Billigkeit behandelt. Das ist der Weg zur moralischen Abrüstung."

Im Anschluß daran wandte sich der Minister gegen die letzte Note des Generals Vollet, in der er die deutsche Ausbildungsvorschreibung für die Artillerie beansprucht. Der Minister ist überzeugt, wenn den in Betracht kommenden Stellen der Sinn dieser Vorschreibung klar gelegt wird, wird man die Dinge anders ansehen. Denn in dieser Vorschreibung kommt nichts anderes zum Ausdruck, als daß, was der Reichstag gewünscht hat, nämlich, daß die Ausbildung nicht Parade werden, sondern nur den Bedürfnissen des Kampfes dienen soll. Von Angriffsfechten ist darin nicht die Rede. Unsere Militärs sind viel zu gescheit, als daß sie mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, einen Angriffsrieg unternehmen würden.

Internationale Reparationsanleihe.

Ein Vorschlag des englischen Finanzministers.

Die Durchführbarkeit des Londoner Reparationsprogramms scheint endlich nur noch den Alliierten zum Bewußtsein zu kommen; aus dem bisherigen Verlauf der Konferenzberatungen der alliierten Finanzminister in Paris gewinnt man wenigstens den Eindruck, daß es man eifrig auf der Suche nach einer neuen Lösung der Reparationsfrage ist.

Weit aus dem amtlichen Bericht der Havasagentur hervorgeht, sind die Finanzminister in die Prüfung der Frage eingetreten, wie Deutschland zahlungsfähig gemacht werden kann. Ein Vorschlag des englischen Schatzkanzlers geht dahin, die deutschen Reparationschulden auf dem Wege einer Internationalen Anleihe flüssig zu machen. Damit Deutschland aber mit Erfolg im Auslande Geld leihen kann, soll seine Schuld verkleinert werden. Ein Teil der deutschen Schuld, etwa 65 Milliarden Goldmark, soll als eine Reserve für die Ententschulden an Amerika vorläufig zurückgestellt werden. Der Hauptteil der Schuld, die eigentliche Zahlungsforderung der Alliierten an Deutschland, etwa 70 Milliarden Goldmark, soll dadurch wesentlich verringert werden, daß die englischen Forderungen an Frankreich gestrichen werden, worauf die von Deutschland geschuldeten Gesamtsumme um den gleichen Betrag gesenkt wird. Dadurch würden die jährlichen Zahlungen Deutschlands dauernd und erheblich verringert werden. Eine solche verringerte Schuld Deutschlands könnte dann aber leichter im internationalen Anleiheweg flüssig gemacht werden.

Wenn die Finanzminister über diesen Vorschlag

zu einer Vereinbarung kommen, soll die Reparationskommission zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Eine amerikanische Überraschung.

Das unmittelbar vor dem Abschluß stehende Kommen über die Verteilung der deutschen Reparationsmilliarden ist plötzlich über den Haufen geworfen worden. Am dritten Tage der Konferenz bei der amerikanischen Delegation Borden, der als amerikanisches Mitglied der Reparationskommission an der Konferenz teilnimmt, aus Anlaß der Verhandlungen über die Besatzungskosten im Rheinland im Auftrag der amerikanischen Regierung die sofortige Bezahlung eines Teiles der für den Unterhalt der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland ausgegebenen Summe verlangt, und zwar 245 Millionen Goldmark, während der Rest später zu bezahlen wäre. Die Gesamtsumme der amerikanischen Besatzungskosten beträgt bis 1. Mai 1921 966 Millionen Goldmark.

Der Amerikaner hatte die ersten Tage sehr erstaunt zugehört, ohne seine Forderung anzumelden. Die Auseinandersetzung der amerikanischen A. sprachliche dürfte in Frankreich nicht gerade angenehm verlaufen. Die Finanzminister werden deshalb einen neuen Verteilungsmodus ausarbeiten müssen.

Wirth und Hermes.

Ein politischer Briefwechsel.

Im Anschluß an die Ernennung des Ministers Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister veröffentlichte "Germany", das führende Zentralorgan Norddeutschlands, einen Briefwechsel zwischen diesem und dem Reichskanzler Dr. Wirth, der, wie das Blatt schreibt, geeignet ist, die Haltlosigkeit der Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ministern darzutun. Der Brief des Reichskanzlers ist vom 3. ds. Monats datiert, nachdem am gleichen Tage und am Tage zuvor Unterredungen zwischen den beiden Ministern und Dr. Rathenau stattgefunden hatten.

Der Reichskanzler betont die gemeinsame Ansichten über die bisherige Außenpolitik, insbesondere die Behandlung des Reparationsproblems, und in der Innenpolitik das gemeinsame Festhalten an Steuerkompromiß. Mit der Auffassung, als ob die Iwanas anleihen erst im Jahre 1921 erhoben werden sollte, würden beide gründlich auseinander.

In seiner Antwort bestätigt Dr. Hermes die Ausführungen des Kanzlers. Der Wunsch, das Steuerkompromiß möglichst bald erledigt zu sehen, hätte ihn gerade bewogen, um Beendigung des Interimistiums in der Leitung des Reichsfinanzministeriums zu bitten. Hinsichtlich der Iwanas anleihen entbehren die Versuche, das Finanzministerium als Saboteur hinzustellen, jeder tatsächlichen Grundlage. Die Iwanas anleihen müsse, wie auch der Reichskanzler betont habe, größtenteils noch in diesem Jahre unter Wissenschaftlich-rechtlicher Körperschaften bei der Durchführung erhoben werden. Der Minister dankt zum Schlus für die Anerkennung der fachlichen Arbeitsleistung seiner Beamten und will dem Wunsche des Reichskanzlers entsprechend es sich besonders angelegen sein lassen, jeglichen Anschein einer einseitigen Orientierung der berufenen Beamten zu vermeiden.

Hermes' Rechtfertigung.

In einer amtlichen Erklärung wird die von sozialistischer Seite aufgestellte Behauptung, daß seitens des Reichsministers Dr. Hermes dem Winzerverein für Mosel, Saar und Ruwer besondere Zuwendungen an Buder als Gegenleistung für private Dienste gemacht worden seien, als jeder Begründung entbehrend bezeichnet. Die Art und Menge der Belieferung mit Buder ist beim Winzerverein für Mosel, Saar und Ruwer nicht anders gewesen als bei anderen Weinverbänden. Seitens der Regierung sei von dem gleichmäßig gehaltenen Grundsatz ausgegangen worden, den Bewohnern des besetzten Gebietes in ihrer schwierigen Lage zu helfen, soweit die Reichsregierung dazu nur irgendwie imstande sei. Es sei auch nicht nur der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer beliefert worden; vielmehr hätten aus dem gleichen Grunde der Weinbaubund der Pfalz und ebenso die rheinhessischen Winzer besondere Zuwendungen erhalten, und zwar die Rheinfalz 8500 und die rheinhessischen Winzer 4000 Doppelzentner. Von irgend einer Bevorzugung des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer könne demnach nicht die Rede sein.

Die Reichstagsfraktion der Unionen hat dem Reichskanzler ihr gesamtes Anklagesmaterial gegen den Minister Hermes mit der Bitte unterbreitet, ihr umgehend die Stellungnahme der Regierung mitzutun.

Der Fall Hermes im Reichstagausschuß.

Der bereits im August v. J. gewählte parlamentarische Untersuchungsausschuss, der mit der Untersuchung der gegen den Minister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfe in der Frage der Buchung für die Automobilbeschaffung im Reichsnährungsministerium beauftragt wurde, hat nach langer Verhandlung einstimmig beschlossen, seine Untersuchung auf die neu erlich erhobenen Vorwürfe gegen den Minister wegen der Weinlieferungen eines Winzerverbandes an ihn auszudehnen. Der Minister Dr. Hermes hat diesem Beschuß zugestimmt. Es wurde zunächst beschlossen, die Vorlage der gesamten Korrespondenz über diesen Weinbezirk und der verbindlichen Protokolle über die Buderzuweisung an den Winzer-Verband zu fordern.

Abbruch der Gehaltsverhandlungen.

Der Vertreter der Reichsgewerkschaft von der Regierung abgelehnt.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und

Beamtenorganisationen wegen der Steuerregelung der Beamtengehälter zum 1. April sind nach einstiger Beratung resultlos abgebrochen worden, da die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter sich weigerte, ihrem Vorsitzenden Menne, den die Regierung als Verhandlungsteilnehmer ablehnte, durch einen anderen Beauftragten zu ersetzen.

Nach Eröffnung der Sitzung trugen Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter zunächst ihre Begründnisse bezw. Forderungen vor. Die Regierung ließ erklären, daß sie bereit sei, eine Erhöhung in sämtlichen Gehaltsklassen vorzunehmen, und daß zum Ausgleich für diese ziemlich gleichmäßige Erhöhung entsprechend den einzelnen Ortsklassen Leuerungszuschläge bewilligt werden würden. Die Gewerkschaftsvertreter forderten eine Abänderung der Grundgehälter und Ausschluß der Gehaltsklasse 18 von den Erhöhungen. Im Verlauf der Verhandlungen stellte sich heraus, daß als Verhandlungsteilnehmer auch der Eisenbahnobersekretär Menne, der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Führer des letzten Eisenbahnstreiks, erschienen war. Von der Regierungsvorstellung wurde es aus Gründen der Staatsautorität als unmöglich betrachtet, daß ein Beamter, gegen den ein Verfahren auf Dienstentlassung schwebt, der Regierung als Unterhändler entgegentrat.

Da die Regierung auf ihrem Standpunkt beharrte und die Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter sich auf Seite Mennes stellte, wurden die Verhandlungen ohne Ergebnis und ohne daß ein neuer Termin festgesetzt werden konnte, abgebrochen.

Am Sonnabend wurde in einer Besprechung verschiedener Vertreter der Beamtenverbände und Gewerkschaften beschlossen, eine Abordnung zum Reichskanzler Dr. Wirth zu entsenden und ihn zu bitten, neue Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Im Laufe des Sonnabends nachmittag wurde dann eine Abordnung der Spitzerverbände vom Reichsfinanzminister empfangen, der ihr mitteilte, daß die Regierung nichts gegen einen Vertreter der Reichsgewerkschaft einwende, doch könne es sich nur um ein solches Vorstandsmitglied handeln, das nicht eine so herbororige Rolle im Streik gespielt habe, wie der Vorsitzende Menne. — Die Kommission erklärte hierauf den Bescheid den Spitzerverbänden zu übermitteln und dem Reichsfinanzminister Antwort zu geben.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 13. März 1922.

— Deutschland hat sich bereit erklärt, Südslawien auf Rechnung der Reparationen 180 Bahnpostwagen zu liefern.

— Als Kandidat für das Reichspostministerium wird der frühere preußische Finanzminister Sämlisch genannt.

— Der demokratische Reichstagsabgeordnete Borkowski Hells ist als Postrat in das Reichspostministerium berufen worden.

— Exzellenz v. Krause, der kurz vor seinem 70. Geburtstag den Vorsitz der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei niedergelegt hat, wurde zum Ehrenvorsitzenden der Partei ernannt.

— Die Buchverbrennung. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde der Gesetzentwurf über die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preisstreite, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und ungültigen Handels beraten. Nach einer eingehenden Erörterung, in der Redner aller Parteien zur Sache Stellung nahmen, wurde beschlossen, einen Untersuchungsausschuß zu bilden, um ihm zu übertragen, gemeinsam mit der Regierung den Gesetzentwurf mit der Preiswucherordnung zu verbinden, um so die Reform dieser Verordnung mit den notwendigen Sicherungen gegen den Wucher zu verbinden.

— Beanstandung des Reichsmietengesetzes durch den Reichsrat? Das Reichsmietengesetz, das vom Reichstag angenommen worden ist, hat bis jetzt noch nicht die Genehmigung des Reichsrats gefunden. Wie verlautet, machen sich in den Kreisen des Reichsrates aber Bedenken dagegen geltend, das Gesetz in seiner jetzigen Form überhaupt anzunehmen, weil es ein verfassungsänderndes Gesetz ist und weil es Beschlüsse enthält, die dem Reichsrat nicht vorgelegen haben sondern vom Reichstag selbständig hineingearbeitet worden sind.

— Nedeverbot für Stegerwald im Saargebiet laut „Saarbrücker Zeitung“ hat die Regierungskommission für das Saargebiet dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stegerwald, die nachgesuchte Erlaubnis, in verschiedenen Orten des Saargebietes Vorträge halten zu dürfen, mit der Begründung verweigert, daß den außerhalb des Saargebietes wohnenden Rednern allgemein die Erlaubnis öffentlichen Versammlungen nicht erteilt werde.

— Die uneheliche Mutterhaft der Beamten. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde bei der Beratung des Staats des Reichsministeriums des Innern eine von den Mehrheitssozialisten eingebrachte Entschließung angenommen, wonach für weibliche Beamte und Hilfskräfte die Tatsache der unehelichen Mutterhaft als solche nicht Grund zur Entlassung oder Entstiegung eines Disziplinarverfahrens sein kann auch die Beförderung einer Hilfskraft zur Beamten lediglich aus diesem Grunde nicht abgelehnt werden darf.

— Die Bluttat von Gleiwitz. Die deutsche Note in Sachen der Erziehung des Polizeiwohlfahrtsvereins Nassenberg in Gleiwitz ist vom Wohlfahrtsrat wie auch von der Interalliierten Kommission in ablenkendem Sinne beantwortet worden. Die Interalliierte Kommission stellt sich dabei auf den formalen Rechtsstandpunkt, daß sie allein für die Erhaltung der Rechtssicherheit in dem ihrer Macht unterstellten Abstimmungsgebiet verantwortlich und zuständig sei. Sie teilt weiter mit, daß sie schon vorbereitende Maßnahmen eingeleitet habe zur Auszahlung einer Entschädigung an die Hinterbliebenen der Erschossenen. Demgegenüber wird von deutscher Seite festgestellt, daß die Interalliierte Kommission in einer ganzen Reihe

ihr unterbreiter Fälle nichts zur Bestrafung oder Ermittlung der Schuldigen getan und auch nicht die Auszahlung einer ähnlichen Unterstützung veranlaßt habe.

— Ein Hochhaus für die Reichsbahnden. Der Hauptausschuß des Reichstages hat einen Antrag angenommen, zur Vereinfachung der Verwaltung und mit Rücksicht auf die Wohnungsnott die Vorarbeiten zur Errichtung eines Hochhauses zur Unterbringung der hauptsächlichsten Amtsstellen baldigst zum Abschluß zu bringen.

— Am Bahnhof von Waterford (Irland) wurde ein britischer Offizier von bewaffneten Männern erschossen. Bei Straßenschlachten standen vier Personen den Tod.

— Die englische Regierung hat beschlossen, den bekannten Führer der Unabhängigkeitsbewegung in Indien, G. A. D. H., der den passiven Widerstand gegen die britische Staatsgewalt organisiert hat, zu verhafsten und nach St. Helena zu deportieren.

— Frankreich: Was die Reparationskommission kostet.

— In einer amtlichen Mitteilung der Reparationskommission werden die zu Lasten Deutschlands gehenden Kosten der verschiedenen Ententekommissionen veröffentlicht. Hierin haben die Reparationskommission und der Garantiausschuss gegenwärtig ein jährliches Budget von ungefähr 13 Millionen Goldmark (etwa 800 Millionen Papiermark). Diese Summe umfaßt die Ausgaben, die nicht nur die Ausführung des Vertrages mit Deutschland, sondern auch die Ausführung der Verträge mit Österreich und Ungarn mit sich bringt; sie umfaßt die Ausgaben der internationalen Organe und die der nationalen Delegationen, die Ausgaben des Hauptzuges in Paris und diejenigen der ausländischen Organe (Berlin, Essen, Breslau, Wien, Budapest). Sie umfaßt auch die Kosten der Liquidation des deutschen Kriegsmaterials. Die Ausgaben der Kommission, soweit sie sich auf die Restitutionen und auf die Reparationen beziehen, werden von Deutschland, Österreich und Ungarn bezahlt in der Weise, daß jedes Land für den ihm obliegenden Anteil auskommt.

— England: Lloyd Georges „Erholungsreise“.

— Lloyd George ist in Begleitung seiner Familie und eines Privatsekretärs nach Wales, nach seinem Landsitz Garmonow, abgereist. Er geht wenigstens 14 Tage von London abwesend zu bleiben, doch dürfte sich sein Aufenthaltszeitraum noch länger hinziehen. Auf alle Fälle wird er eine volle Woche vor Beginn der Konferenz von Genoa zurück sein.

— Südafrika: Gruselige Unruhen im Streitgebiet.

— Der Streit der Minenarbeiter in Südafrika zeitigt ernste Folgen. Aus Johannesburg, dem Streitmittelpunkt, wird berichtet, daß im östlichen und westlichen Grubengebiet der Bögel die Oberhand habe. Der Postzug von Kapstadt wurde bei Germiston zur Entgleisung gebracht. Personen wurden nicht verletzt. In Durban hat der örtliche Gewerkschaftsverband den Generalstreik ausgerufen. Unter den Einheimischen in Natal herrscht wegen der Ereignisse im Grubengebiet wachsende Erregung. In Johannesburg kam es zu

heftigen Zusammenstößen zwischen weißen Streitenden und eingeborenen Arbeitern. Es wurden zwei Weiße und sechs Eingeborene getötet. 18 Weiße und 20 Eingeborene verwundet. Die Arbeiterzentrale wurde von den Streitenden mit Sandbällen verbarrikadiert. In Benoni kam es im östlichen Teil des Grubengebietes zu lebhaften Kämpfen. Flugzeuge und Maschinengewehre nahmen daran teil. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Neben das gesamte Streitgebiet ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Zwangsanleihe im Ausschuß angenommen.

— Berlin, 12. März. Die vereinigten Steuerausschüsse des Reichstages haben das Mantelgesetz zur Zwangsanleihe und zu den 14 neuen Steuervorlagen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Deutschnationalen angenommen.

Kapp's Forderungen.

— Leipzig, 12. März. Die Eingabe des Herrn Kapp an das Reichsgericht wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Danach hat Kapp nicht nur freies Geleit und Verschonung von der Untersuchungshaft, sondern auch Abstandnahme von der Durchsuchung seiner Person und seines Reisegepäcks bei Übertritt über die deutsche Grenze und während seines Aufenthalts in Deutschland bis zum Abschluß des Hauptverfahrens sowie von der Verhaftung seiner Reisegefährten, Güter und Schriftstücke verlangt. Der Untersuchungsrichter hat mit Zustimmung des Oberreichslandrats diesen Antrag abgelehnt, „weil allein die bedingungslose Gestellung des Angeklagten als der Sachlage entsprechend erachtet werden kann und im übrigen die Gründe für den Erlass des Haftbefehls fortduern.“

Neue Terrorakte in Oberschlesien.

— Berlin, 12. März. In den letzten Tagen sind bei den hiesigen amtlichen Stellen Nachrichten ein, die ziemlich beunruhigend lauten. Es ist ein Wiederaufleben des Terrors besonders in den Gebieten, die an Polen ausgeliefert werden sollen, zu verspüren. So wurde in Ruda eine Beamtenversammlung gesprengt. In Schoppinitz werden die deutschen Arbeiter, die man zum Eintritt in die polnischen Berufsverbände zwingen will, an der Arbeit verhindert. Weiter werden neue Übergriffe französischer Soldaten aus Oppeln gemeldet, so daß sich die städtischen Körperschaften in Oppeln genötigt sehen bei der Interalliierten Kommission eine Verstärkung der Abstimmungspolizei zu beantragen.

Ausgabe der Unabhänigen an die Kommunisten.

— Berlin, 12. März. Wie die „Freiheit“ mitteilt, hat die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie eine von den Kommunisten angeregte gemeinsame Aktion gegen das Steuerkompromiß abgelehnt, weil die Anregung der Kommunisten nur auf Täuschung berechnet sei und sie nach wie vor die Unabhängige Sozialdemokratie beschimpfen und verleumden.

Die polnische Regierungsbildung.

— Warschau, 12. März. Das neue Kabinett Potschowski ist endgültig gebildet. Skirmunt behält das Ministerium des Auswärtigen bei. Zum Minister des Innern ist der bisherige Wojciech von Lodzi, Kaminski, ernannt worden. Das Portefeuille für Handel und Landwirtschaft hat Ossowski übernommen, das des Verkehrs Marinowski.

neue Zahlung der französischen Mobilisierung kosten.

— Paris, 12. März. In der letzten Sitzung des alliierten Finanzminister verlangte der französische Finanzminister de Lassalle die Rückzahlung der französischen Kosten für die Mobilisierung der Jahreslast 1919, die 190 Millionen betragen sollen. Die alliierten Regierungen haben schon einmal abgelehnt diese Kosten Deutschland aufzubürden, mit der Begründung, daß die französische Regierung allein im Mai 1918 diese Mobilisierung beschlossen habe. Ministerpräsident Poincaré hat jedoch auf Drängen des Finanzausschusses der Kammer versprochen, die Debatte über diese Frage nochmals zu eröffnen.

Grusige Lage in Indien.

— London, 12. März. Nach einer amtlichen englischen Meldung ist der indische Nationalistführer Gandhi verhaftet worden. Berichte über die Lage in Indien laufen immer wieder. Ein Teil der englischen Presse befürchtet, daß die Verhaftung Gandhi das Sturmzeichen für den allgemeinen Aufstand sei werde. Bekannte andere moslematische Führer sind seit einigen Tagen verschwunden. An vielen Orten werden die Bürgerwehren zur Unterstützung der Polizei einberufen.

Des Mannes Dämon.

Roman von Eric Reinhard.

(54. Fortsetzung.)

„Hoho!“ rief plötzlich eine kräftige Stimme halb schreiend halb freudig neben ihr, „was soll denn das heißen, Fräulein Eva? So allein mitten auf der Landstraße und losshängerisch auch noch dazu? Da muß wohl der Arzt ein Nachwort sprechen! Geschwind herein zu mir in den Wagen und die Füchse in den Fußsack gestellt! Junge Mädchen gehören bei Gladbach nicht auf die Landstraße — ich bringe Sie heim!“

Sie war mit rottem Kopf herumgefahren.

„Sie sind's, Dr. Egloff? Wie haben Sie mich erschreckt!“

„Um, sehe ich denn aus wie ein Gespenst?“

„Nein, aber . . .“

„Vor — gewiß haben Sie auch! Euchen, Euchen — was soll das bedeuten?“

„Ich war an Papas Grab. Und da . . . ach Gott, Sie können's ja gar nicht wissen, Herr Doktor, wie mir zumute ist! So traurig und verlassen . . . und Reutenstein war doch meine Heimat blieb und . . . und ich hatte alle so lieb dort, besonders unsere Baronin Baronin, die vom ersten Tag an wie eine Mutter zu mir war; da muß es einen doch jammern, wenn man sieht . . .“

„So, so, Ma, steigen Sie zuerst mal endlich ein, Euchen! So. Sagen Sie gut, ja?“

„Ach, so gut! Wie im Himmel!“ antwortete sie halb, unter Tränen lächelnd.

„Schön. Also nun beichten Sie ein wenig. Sie haben nicht bloß um Ihres Vaters Heimgang geweint. Was jammert Sie denn sonst noch so sehr?“

„Ach alles! Doch ich nun wohl bald von Reutenstein weg scheiden müssen . . .“

„Oho! Warum denn? Ich dachte, die Baronin sei wie eine Mutter zu Ihnen?“ unterbrach er sie bestremt.

„Das wohl. Aber haben Sie denn nicht gemerkt, Herr Doktor, wie lieblos und unfreundlich sich der Baron gegen Sie beträgt? Frau Martens meint auch, das sei abscheulich und lange werde es die arme Frau wohl nicht mehr aushalten, wenn sie auch sonst ein Engel an Geduld ist! Und wenn sie geht, dann kann doch auch ich nicht bleiben.“

Egloff sah plötzlich sehr interessiert aus.

„So. Das müssen Sie mir näher erklären. Sie wissen, die Baronin ist meine Jugendgespielin; da habe ich wohl ein Recht, zu erfahren, wie es um Ihr Glück bestellt ist.“

„Du lieber Gott, von Glück ist da nicht viel die Rede! Die Martens meint sogar, es würde nächstens zur Scheidung kommen. Denn anders sei sein Benehmen gar nicht zu verstehen. Er spricht ja kaum mehr ein Wort mit ihr und doch schleicht er heimlich hinter ihr her und belauert sie und spioniert jeden ihrer Schritte aus und bricht bei den harmlosen Dingen Streit vom Zaun, gerade als ob er nach einem Vorwand suche, um mit ihr für immer brechen zu können.“

„War das immer so? Ich meine gleich anfangs, als er herkam?“

„Nein. Später, als er durch den Sturz vom Pferde ans Glimmer gesellt war, sah es sogar aus, als sei ihm nichts lieber als ihre Gesellschaft. Jämmer wollte er sie um sich haben, und Friedrich sagte oft, er sei wütend, wenn da eine Störung käme und die Frau Baronin abgerissen würde. Und die Martens meinte wohl zehnmal am Tage: „Gottlob, daß es nun hübsch ist bei uns! Nun sehn die alten Mauern da doch endlich auch mal ein bisschen Glück! Not tut's uns allen — man lebt ordentlich auf!“

„Und dann? Warum blieb es nicht so?“

„Das eben weiß niemand. An dem Tag, als Baldermann zur Hochzeit einzuladen kam, fingen an. Da soll es einen Streit gegeben haben, weil die Baronin nicht mit zur Hochzeit wollte, obwohl er's durchaus haben wollte. Wir sollten doch damals gerade mit Ihnen auf den Vorplatz gehen wegen der Kuh . . .“

„Ich weiß. Aber Ihr kam dann nicht!“

„Weil die Frau Baronin statt dessen nach Rosenhag fuhr. Damals merkte ich zum erstenmal so recht, wie sie sich innerlich härrte und grämte. Und dann wurde es immer schlimmer. Sie weinte heimlich jede Nacht — ich sah's wohl, wenn sie morgen's in die Milchammer kam! Und er — Gott, er wurde ganz boshaft. Nicht mal die harmlosen Dinge wollte er ihr gönnen. Zum Beispiel, daß sie nach Birkenseller fuhr — was sie doch gewiß ein bisschen zerstreut hätte, besonders jetzt, wo Ihre liebe Mama drüben zu Gast ist.“

„So. Also das wollte er nicht? Warum denn eigentlich?“

„Ja, wenn ich das wüßte! Aus purer Bosheit

wahrscheinlich! Als ich gestern, wo sie so zurückhaltend war, schüchtern sagte: „Fahren wir doch morgen nach Vierendorf, Frau Baronin, das wird Ihnen gut tun und der Herr Doktor hat uns ja eingeladen!“ Wissen Sie, was Sie antwortete?“

„Nun?“

„Das geht nicht, Kind. Mein Mann will es nicht haben, daß ich . . . daß ich mit meinen alten Freunden verkehre!“ Und dabei standen ihr Tränen in den Augen. Ich war ganz außer mir. — „Aber warum denn?“ fragte ich empört. — „Ich weiß es selbst nicht. Er mag sie eben nicht leiden, darum verbietet er mir den Verkehr mit ihnen.“

Balentin Egloff lächelte plötzlich vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

Schwerer Bandenkrieg in Polen. In der Handelsbank in Warschau wurde ein großer Diebstahl von Sässesdepot aufgedeckt. Es wurden Juwelen im Betrage von 200 Millionen Mark gestohlen.

Der Stand der Märkte. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	11. 3.	10. 3.	1914
100 holländische Gulden	9640	9800	167,- M.
100 belgische Franken	2147	2132	80,- "
100 dänische Kronen	5349	5334	112,- "
100 schwedische Kronen	6673	6628	112,- "
100 italienische Lire	1298	1286	80,- "
1 englischer Pfund	1113	1106	80,- "
1 Dollar	255	253	4,20 "
100 französische Franken	2297	2272	80,- "
100 schweizerische Franken	4980	4935	80,- "
100 tschechische Kronen	439	417	"

Gedenktafel für den 13. März.

1741 - Joseph II., Kaiser von Österreich (+ 1790) - 1781 - Der Architekt Friedrich Schinkel in Neuenstadt (1841) - 1848 Regierung des Kaisers in Wien; Sturz Metternichs - 1881 Ernennung Alexander II. von Russland in Petersburg (* 1818) - 1904 Herzog-Russland: Siegfall von Tokio - 1918 Odessa wird von den deutschen besetzt - 1920 Rapp-Busch in Berlin.

Vekta Nachrichten

Das interalliierte Finanzabkommen.

Paris, 12. März. Das interalliierte Finanzabkommen ist heute nachmittag unterzeichnet worden. Es liegen im Auszuge folgende Bestimmungen vor:

1. Die Besatzungskosten bis zum 1. Mai verteilen sich folgendermaßen: auf Belgien 102 Millionen belgischer Franks, auf England 2 Millionen Pfund Sterling, auf Frankreich 400 Millionen französischer Franks.

2. Die Sachleistungen Deutschlands im Jahre 1922 verteilen sich folgendermaßen: 65% für Frankreich, 35% für die übrigen Ententemächte.

3. Das Wiesbadener Abkommen wird für eine Dauer von drei Jahren abgeschlossen unter dem Vorbehalse, daß die Sachleistungen im Jahre 1922 nicht 340 Millionen und in den Jahren 1923 und 1924 nicht je 750 Millionen über-

steigen. Analoge Abkommen können mit Deutschland auch von anderen Ententemächten als Frankreich abgeschlossen werden.

4. Die deutsche Kohle wird folgendermaßen verteilt: 500 Millionen Goldmark für England als Rückversicherung eines Teiles der englischen Besatzungskosten vor dem 1. Mai 1921; 140 Millionen Goldmark für Frankreich, 172 Millionen italienische Lire (Papierlire) für Italien, der Rest für Belgien (Prioritätsförderung). Das Rechtshabent der Engländer und Franzosen für ihre Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921 wird gebedt nach der Beendigung der belgischen Priorität.

5. Bezüglich der Saarkohlenbergwerke wurde vereinbart, daß hierfür 300 Millionen Goldmark auf das Konz. Frankreichs für das Jahr 1922 angerechnet werden sollen. Falls die Entschädigungskommission jedoch die Saargruben höher einschätzen sollte, wird Frankreich dafür Schuldtverschreibungen der Serie C, soweit auf seinen Anteil entfallen, zurückgeben.

Eine Massenkundgebung des selbständigen Mittelstandes.

Berlin, 12. März. Zu einer Massenkundgebung versammelten sich heute die Angehörigen der selbständigen Mittelstände aus Handwerk, Handel und Gewerbe im Lustgarten. Es sprachen Vertreter der Standesorganisationen und Innungen und aller mittelständisch interessierten politischen Parteien. Sie gingen aus vom Selbstbehauptungstrieb des deutschen Volkes und forderten die gleichmäßige Behandlung aller Stände bei gleichen Rechten und Pflichten. Die Kundgebung richtet sich wirtschaftlich und innerpolitisch gegen die Vereidigung bestimmter Schichten und gegen die Erfüllungspolitik. Nach Annahme einer Entschließung, in der diese Anschauung zum Ausdruck kam und betont wurde, der durch die Not der jetzt zu einem Kartell zusammengeschlossene gewerbliche Mittelstand sei fest entschlossen, den Kampf um eine Existenz mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu führen, ging die imposante Kundgebung auseinander.

Hörbarst zur Stelle!

Deutscher Haushalt-Rapport an die Entente.

Genf. Der Reparationskommission ist ein Bericht der deutschen Regierung zugegangen, wonach im Jahre 1922 nach dem Budgetvoranschlag die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Die Fehlbeträge seien beseitigt.

Der Inderführer Gandhi verhaftet.

London, 11. März. Nach einer amtlichen Meldung ist der indische Nationalistführer Gandhi verhaftet worden. Die Blätter nehmen an, daß er deportiert werden wird.

Altensburg. Auf der einspurigen Strecke zwischen Roßitz und Dobitschen fuhr Sonnabend nachmittag eine Lokomotive auf den von Meuselwitz kommenden Personenzug auf. Beide Lokomotiven und vier Wagen entgleisten. Eine Person wurde getötet, zehn Personen schwer und fünf leicht verletzt.

Ferkelmarkt Dippoldiswalde vom 11. März 1922.

Aufgetrieben wurden 9 Ferkel und 5 Läufer, verlaufen wurden 9 Ferkel zu einem Durchschnittspreise von 500 M. Es waren mehr Räuber als Ferkel vorhanden.

Sport-Bericht.

Fußball. Am Sonntag spielte die 1. Jugendmannschaft des Turnvereins Dippoldiswalde gegen die 1. Jugendmannschaft des Turnvereins "Deutsche Edle" Höckendorf in Höckendorf ein Gesellschaftsspiel. Halbzeit 3:1 für Höckendorf. Endgegnis 4:4 unentschieden.

Staatliche Schlachtviehpversicherung in Sachsen
Durchschnittspreise zur Berechnung der Entschädigung für die in der Zeit vom 1. Februar 1922 bis auf weiteres geschlachteten Tiere in der Mark für je 50 Kilogramm Schlachtwicht.

A. Ochsen:

1. vollstellige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren	250
2. junge stellige nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	240
3. mäßig genährt junge und gut genährt ältere	230
4. gering genährt jeden Alters	210
5. a) magere	140
b) abgemagerte, sowohl sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	100
C. Bullen:	
1. vollstellige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	240
2. vollstellige jüngere	220
3. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere	210
4. gering genährt	200
5. a) magere	140
b) abgemagerte, sowohl sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	100
D. Kalben und Kühe:	
1. vollstellige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts	250
2. vollstellige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren und ausnahmsweise auch besonders gut genährt Kalben	240
3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	240
4. gut genährt Kühe und gering genährt Kalben	230
5. mäßig und gering genährt Kühe und gering genährt Kalben	200
a) magere Bergl.	170
b) abgemagerte Bergl., sowohl sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	90
E. Schweine:	
1. vollstellige, ausgemästete Schweine höchsten Schlachtwerts, und zwar bei jüngeren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/4 Jahren	270
2. fleischige Malschweine und ausgemästete Sauen im Alter bis zu 2 Jahren, leichtere mit einem Mindest-Schlachtwicht von 125 Kilogramm	240
3. gering entwickelte Malschweine, sowie ausgemästete Schnitteler (Malschneide) und nicht unter § 1 Ziffer 2 fallende ausgemästete Sauen	200
4. nicht ausgemästete Sauen, Schnitteler (Malschneide), Zuchtsauen und Zuchtschweine, sowie sehr gering genährt oder mangelhaft entwickelte Malschweine	160
5. a) magere Ober in der Entwicklung zurückgebliebene Tiere	120
b) abgemagerte oder erheblich in der Entwicklung zurückgebliebene Tiere, sowohl sie nicht nach § 1 Ziffer 1 b des Gesetzes von der Versicherung ausgeschlossen sind	90

Infolge der fortwährenden Steigerung der Arbeitslöhne, Futterpreise, sowie der Reparaturkosten sieht sich unterzeichnete Vereinigung leider gezwungen, die Preise für Fuhrlöhne und Ackerarbeiten von heute ab bis auf weiteres den Verhältnissen entsprechend ganz bedeutend zu erhöhen.

Vereinigte Fuhrwerksbesitzer Dippoldiswalde

Möbel fabrik Max Trips
Inhaber: Albin Wauer
Dresden-N., Königsbrücker Str. 56

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in jeder Preislage und für jeden Geschmack.

Eintritt als Teilhaber im Fabrikgeschäft

mit vorerst kleinem Kapital wünscht Kaufmann 30 Jahre alt, ledig, mit sehr eingeschränkter Praxis in Büro und Fabrikbetrieb, durch besondere Umstände frei geworden. Branche gleich, da sehr schnelle Einarbeitung. - Reflektiert auch auf Leitende Stellung,

billiglicher Buchhalter, Disponent. Zugelassen unter „A“ an die Geschäftsstelle erbitten.

Restaurant & Schmiede,

Obercarsdorf.

Donstag den 14. März

Schlachtfest,

worauf freudlichst eingeladen

Alwin Winkholz und Frau.

1-2

Zimmer,

möbliert oder unmöbliert, zu mieten gelucht. Angebote werden unter „A“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Jugendverein „Die Freiheit“, Reinholdshain u. U.

Nutzen den 15. März Monatsversammlung.

Um zahlreich erscheinen der Mitglieder wird dringend gebeten. D. B.

Druckwaren für die Industrie D. und Carl Jahn.

Für die vielen Beweise der Anteilnahme beim

Wettbewerb unserer lieben Tante

Fr. Therese Kahl

Jagen wir hierdurch allen unseres aufrechtigen Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Familie Valentin Kahl, Dresden.